nach der Neuwahl anerkennen würde, ohne eine aktive Beteiligung an der Reichsregierung zu verlangen."

Für die Arbeiterschaft ist die Lage klar. Sie sieht heute mit aller Schärfe, wohin der Weg der SPD führt. Von der Tolerierung Brünings schritt sie zur Wahl Hindenburgs, desselben Hindenburgs, der heute gestützt auf die Nazis der faschistischen Reaktion die volle Macht ausliefert. Und die sozialdemokratischen Führer werden auch in Zukunft ebenso wie das Zentrum als wichtigste Stützen des Kapitals auf dem Wege zur faschistischen Diktatur weitergehen.

Die Arbeiterklasse stellt die Fragen des Kampfes gegen verschärfte Kapitaldiktatur außerhalb der Parlamente. Die Reichsbanner- und SPD-Arbeiter werden begreifen, daß sie gegen den weiteren Lohn- und Unterstützungsraub, gegen die faschistische Reaktion gemeinsam mit den kommunistischen Klassengenossen die Antifaschistische Aktion einleiten müssen, gegen die Regierung des Agrar- und Rüstungskapitals, für den Sozialismus kämpfen müssen.

Kalter Staatsstreich in Preußen

Das Papen-Kabinett will Preußen mitregieren — Von Gayl als Reichskommissar — Er predigt den Naturallohn

Wie die Vossische Zeitung mitteilt, will die neue Reichsregierung einen Reichskommissar für Preußen ernennen, wobei die Befugnisse der preußischen Ministerien auf die entsprechenden Reichsministerien übertragen werden sollen. Freiherr von Gayl scheint dazu ausersehen zu sei, den Posten des Reichskommissars für Preußen zu übernehmen.

Wenn diese Meldung sich bestätigen sollte, dann hätte man es mit einem kalten Staatsstreich zu tun, mit dem die Freiherrn, Grafen, Barone, Generale und die hinter ihnen stehenden finanzkapitalistischen Schichten ihrem Diktaturregiment in Preußen die organisatorische Stütze verschaffen wollen. Was Geistes Kind diese Herrschaften sind, zeigt eine Rede des Freiherrn von Gayl im Preußischen Staatsrat am 11. Dezember 1930, wo er erklärte:

„Wir stehen vor der Aussicht, daß in weiten Gebieten des preußischen Ostens die Barlohnzahlung in absehbarer Zeit aufhören muß, weil einfach das Bargeld nicht mehr vorhanden ist und nur eine solche Naturallohnung möglich ist, die die Leute gerade vor dem Verhungern schützt!"

Lohnabbau! Abschaffung des Geldlohnes! Das ist das Ziel der Junker, die gewohnt sind, mit der Reitpeitsche zu regieren. Die Arbeiter werden den Herren das Konzept verderben. **Stärker als die Einheitsfront der Adelsclique mit den Hitlerkönigen und Nazihäuptlingen wird sich die Einheitsfront der Arbeiter und Bauern im außerparlamentarischen Kampf gegen alle faschistisch-reaktionären Pläne bewähren.**

Dresdens rote Betriebsfunktionäre tagen!

Organisierung der Antifaschistischen Aktion

Gestern abend fand im „Brandenburger Hof" eine gutbesuchte Sitzung aller **KPD- und RGO-Betriebsfunktionäre** statt.

Genosse M. sprach über die Aufgaben der revolutionären Arbeiter in Betrieb und Gewerkschaft unter Berücksichtigung der **Schaffung der roten Einheitsfront und der Antifaschistischen Aktion in den Betrieben.**

In der Diskussion sprachen fast ausschließlich Betriebsarbeiter. Selbstkritisch nahmen sie zu der bisher geleisteten Arbeit Stellung und zeigten **noch bestehende Mängel und Schwächen auf. Der Aufruf des Zentralkomitees der KPD gibt die Möglichkeit, gerade jetzt die SPD- und Gewerkschaftsmitglieder,** die immer deutlicher erkennen, daß sie von ihren Führern durch die Wahl Hindenburgs erneut **gegen ihren Willen mißbraucht** wurden, für die kämpfende Einheitsfront zu gewinnen.

Leider hat auch noch ein Teil unserer eigenen Genossen nicht begriffen, daß man **mit den sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in kameradschaftlicher Form diskutieren** muß.

An Hand einer ganzen Reihe von Beispielen aus der Metall-, Papier- und Genußmittel-Industrie zeigten die Betriebsfunktionäre die Möglichkeiten der **Verwirklichung** der roten Einheitsfront auf. Einmütig betonten sie, in ihren Betrieben an die Arbeit zu gehen, um die Arbeiter davon zu überzeugen, daß nur in **einheitlicher geschlossener Front** die Arbeiterklasse imstande ist, den **Kampf gegen Hunger, Krieg und Faschismus** zu führen.

Nach kurzem Schlußwort des Genossen M., der die Ergebnisse der Diskussion zusammenfaßte, wurde die Sitzung mit dem Appell geschlossen, nun in allen Betrieben und Stempelstellen mit der tatsächlichen **Herstellung der roten Einheitsfront** zu beginnen **und die gesamte Arbeiterschaft für die Antifaschistische Aktion zu mobilisieren.**

SPD fürchtet Antifaschistische Aktion

Dresdner Volkszeitung bagatellisiert Faschistenregierung - Scheinopposition, um die Aktionskraft der Arbeiter zu lähmen

Alle sozialdemokratischen Arbeiter müssen gerade jetzt, da **der Reichspräsident ihrer Führer** die blaublütige Adelskaste aus der alten wilhelminischen Zeit zu einer **Regierung des Agrar- und Rüstungskapitals** zusammenruft, um nach Vereinbarung mit dem Knecht des internationalen Finanzkapitals Hitler **die faschistische Diktatur ein entscheidendes Stück vorwärtszutreiben,** die Haltung ihrer Führer überaus kritisch betrachten.

Die gestrige Ausgabe der Dresdner Volkszeitung gibt auf ihrer ersten Seite bereits Beruhigungspillen, indem sie den verbrecherischen Versuch macht, die außerordentlich ernste Entwicklung zur Konzentration aller faschistischen Kräfte zu bagatellisieren. Sie kommentiert die adlige Regierungsliste ihres Reichspräsidenten Hindenburg als eine Zusammenstellung von „politischen Nullen", die unter Zuhilfenahme einiger bürgerlicher „Konzessionsschulzen" Politik machen wollten, der sie aber nicht gewachsen seien. Abgesehen von der verbrecherischen Absicht, die Vertreter des Chemiekapitals in der Regierung als „Konzessionsschulzen" abzutun, verfolgt die Volkszeitung mit der Bewertung der politischen Qualifikation der neuen Regierungsmänner der faschistischen Bourgeoisie den Zweck, die Arbeiterschaft über den Charakter der jetzigen Vorgänge zu täuschen.

So sieht die Dresdner Volkszeitung keinerlei Konsequenzen aus der jetzigen Situation, sie heult lediglich weiter über das Sterben der Brüningregierung und bringt nicht einmal den Mut auf, einen Artikel des Vorwärts vollständig abzudrucken, der, um Scheinopposition der SPD vorzutäuschen, auf die Folgen der Politik der Regierung von Papen hinweist. Dieser Artikel, der in der Volkszeitung nur bis zu der Feststellung abgedruckt wird, daß die neue Regierung auf die Diktatur zusteuere, geht im Vorwärts weiter:

„Man hört, daß die Nationalsozialisten für die Tolerierung dieser Regierung zwei Bedingungen stellen: Aufhebung des SA-Verbotes, Reichstagswahlen im Herbst! Sie sehen in dieser Regierung das Uebergangskabinett für die Zeit bis zur Wahl, in Papen und seinen Ministern die Platzhalter für eine kommende Regierung der nationalsozialistischen Diktatur, in der „nationalen Konzentration" die letzte Stufe vor dem offenen Faschismus."

Der Vorwärts gibt also zu, daß die von den SPD-Führern tolerierte Brüningregierung bereits eine Stufe zum Faschismus war und die jetzige Regierung die „letzte" ist.

Die Volkszeitung **unterschlägt** den ihren Lesern, weil sie weiß, daß sich aus dieser Feststellung die Konsequenzen des Kampfes ergeben würden. Die SPD will aber nicht kämpfen. Sie will in scheinbarer Opposition zu dieser Faschistenregierung den Arbeitern den Glauben geben, als müsse sie sich halb abwirtschaften und dann könne ja weiter geredet werden. Darüber hinaus aber macht sie diese Regierung zu einer neuen Angelegenheit des „kleineren Uebels", weil sie immer noch besser sei als die alleinige Herrschaft Hitlers, die von ihm „angestrebt" wird.

Die sozialdemokratischen Führer laufen wieder alle Mann springen, um im Auftrage der Bourgeoisie, als ihre treuesten Hauptstütze, die Arbeiterschaft von der Antifaschistischen Aktion außerhalb der Parlamente abzuhalten. Sozialdemokratische Arbeiter, macht euren verbrecherischen Führern einen Strich durch die Rechnung. Zieht aus der gegenwärtigen Situation die richtige Lehre und organisiert in roter Einheitsfront mit uns den Kampf außerhalb der Parlamente, die Kämpfe, die die Antifaschistische Aktion zum Sieger über den Kapitalismus und seine Diktatur macht!

Wieder roter Betriebsrat gemaßregelt

Kollege Deppe von der Reichsbahnmeisterei Dresden 3 auf Grund sozialfaschistischer Denunziation fristlos entlassen. Nun erst recht rote Einheitsfront bei allen Dienststellen

Der rote Betriebsratsvorsitzende der Bahnmeisterei Dresden 3, Genosse **Deppe**, wurde gestern fristlos entlassen. Die Entlassung erfolgte auf Grund einer **Denunziation von Einheitsverbändlern in Prohlis-Wainsdorf,** darunter auch des **sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden** Sommer der dortigen Dienststelle.

Die Reichsbahndirektion gibt als Entlassungsursache an, daß Deppe sich in einer während der Arbeitszeit in Prohlis-Wainsdorf stattgefundenen Protestversammlung widerrechtlich als Mitglied des Bezirksbetriebsrates ausgegeben und die Belegschaft mit den Worten aufgehetzt habe: **für dreckigen Lohn — dreckige Arbeit!**

Wie uns Kollegen aus Prohlis-Wainsdorf mitteilen, hat Genosse **Deppe** in der betreffenden Protestversammlung gesprochen, **nachdem ihm vom dortigen Betriebsratsvorsitzenden (EdE) das Wort erteilt wurde.** Es ist eben nicht wahr, daß sich **Deppe als Mitglied des Bezirksbetriebsrates ausgegeben** hat. Der Zweck der Entlassung ist ganz klar: Die Reichsbahn versucht **gemeinsam mit der sozialfaschistischen Bürokratie des Einheitsverbandes die ihnen unbequemen roten Betriebsräte loszuwerden, um den Vormarsch der RGO aufzuhalten.** Dazu bedient man sich der gemeinsten Lügenmethoden.

Daß die **Entlassung Deppes** vorbereitet war, ergibt sich aus der Tatsache, daß, als Deppe beim Bezirksbetriebsrat Einspruch gegen seine Entlassung erhob, dort **bereits seine Personalakten vorlagen.** Der Reformmit Jaworke erklärte in diesem Zusammenhang: **„Mit euren roten Betriebsräten hat man bloß eine Masse Arbeit!"**

Eisenbahner! Die Entlassung des Kollegen Deppe zeigt, daß die Reichsbahndirektion mit Unterstützung der EdE-Bürokratie ihre Betriebe von allen revolutionären Arbeitern und besonders denen, die als rote Betriebsräte **rücksichtslos die Interessen der Belegschaften vertreten,** säubern will.

Ein Proteststurm muß jetzt in allen Betrieben und Dienststellen einsetzen. Zeigt der Direktion und ihren sozialfaschistischen Helfershelfern, daß ihr hinter euren roten Betriebsräten steht. **Nun erst recht rote Einheitsfront aller Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen die Maßnahmen der Reichsbahn. Ihr muß die Antwort aller Eisenbahner sein!**

Unterstützungsabbau mit Erfolg abgewehrt

Kassel, 1. Juni 1932. (Eig. Meldung.)

Zu der gestrigen Kreistagssitzung in Wipperhausen hatten die Erwerbslosen einen Hungermarsch durch, um gegen den geplanten Unterstützungsabbau von 10 Prozent zu protestieren.

Aus allen Orten des Kreises trafen große Züge der Erwerbslosen ein, in den Orten Oberzwehren und die Stadtverordneten **Landjünger der Demonstranten gegenüber machtlos waren. Unter dem Druck der Demonstranten** mußte der SPD-Landrat eine **von den Erwerbslosen gewählte Delegation empfangen.**

Während der Verhandlungen umlagerten die Erwerbslosen das Landratsgebäude und brachten ihren Kampfruf, den Sprechchören zum Ausdruck. Angesichts dieser Kampfstimmung **wagten es der Landrat und der Kreisausschuß nicht,** den geplanten Unterstützungsabbau durchzuführen.

Aus Anlaß des Hungermarsches legten die Pflichtarbeiter in drei Orten die Arbeit nieder.

Thüringer Volksblatt verboten

Eine tolle Verbotsbegründung

Erfurt, 1. Juni 1932. (Eig. Meldung.)

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat das „Thüringer Volksblatt" für zehn Tage bis zum 9. Juni verboten. Zur Begründung werden eine ganze Reihe von Artikeln herangezogen, die in den letzten Wochen erschienen sind. Unter diesen Artikeln sind die Berichte über die japanische Botschaft in Berlin, der Aufruf der KPD zur Antifaschistischen Aktion, ein Artikel über die Kriegsproduktion und mehrere Artikel über die Vorgänge in Waltershausen. Um dieses Verbot zu „begründen", erklärt der Oberpräsident, daß durch all diese Artikel eine „Stimmung" erzeugt werde, die „zu öffentlichen Unruhen, Zusammenstößen, Gewalttätigkeiten oder anderen politischen Ausschreitungen führen wird."

Diese Begründung ist zweifellos das Tollste, was bisher auf dem Gebiet der Zeitungsverbote geleistet wurde. Für alle, die seit Wochen unbehelligt durch die ganze kommunistische Presse gehen, wird jetzt nachträglich ein Verbot ausgesprochen! Die wahre Ursache für das Verbot dürfte darin liegen, daß unser Erfurter Bruderblatt sich mutig und **entschlossen für die kämpfenden Erwerbslosen von Waltershausen eingesetzt hat.**

Hitlers Adjutant prügelt Arbeiterkind mit der Reitpeitsche

Hitler und sein Stab hatten während der Ostendtage Wahl ihr Kampfquartier in Hornemesel aufgeschlagen. Am vergangenen Donnerstag die Hitlerautos vorbeifuhren, traf es den siebenjährigen Sohn des sozialdemokratischen Arbeiters Stadt „Frei Heil".

Deswegen wurde das Kind von einem der Trabanten Hitlers mit einer Reitpeitsche über den Kopf geschlagen und so verletzt, daß ein Arzt das Kind in Behandlung nehmen mußte.

Diese viehische Brutalität der Helfer des Dritten Reiches hat in Hornemesel und Medeuß große Erregung hervorgerufen und es kam zu einer empörten spontanen Versammlung und dann zu einer stark besuchten Kundgebung der KPD, in der Arbeiter und Arbeiterfrauen und werktätige Einwohner den einheitlichen Kampf in der Antifaschistischen Aktion gelobten.

Wettervoraussage

Meist schwache Winde aus veränderlichen Richtungen. Hauptsächlich heiter, örtlich Nebelbildung, wärmer. Keine Störungen, insbesondere solche von gewitterartigem Charakter nicht ausgeschlossen.

Polizei-Heerlager um den Preußen-Landtag

Nur Kommunisten für die Erwerbslosen

Nazis drücken sich um Stellungnahme zu Erwerbslosenforderungen. Nazi-Präsident Kerrl holt die „Systempolizei". Revolutionärer Gruß den Hafenarbeitern von Gdingen

In der gestrigen Landtagssitzung vertrat die Kommunistische Partei durch den Mund unserer Genossen Wilhelm Koenen und Schwenk als einzige Partei die Forderungen der Erwerbslosen auf Arbeitsbeschaffung, für Rückgängigmachung des Abbaues der Wohlfahrtsunterstützung, gegen jede Zwangsentmietung.

Die Sozialdemokraten brachten durch ihre Sprecherin Gertrud Hanna, die für den freiwilligen Arbeitsdienst eintrat, nur nichtssagende Redensarten. Die Nazis drückten sich um jede Stellungnahme zu den kommunistischen Anträgen für die Erwerbslosen. Die kommunistischen Redner wandten sich an die Erwerbslosen außerhalb des Parlaments, durch ihren geschlossenen Kampf sich ihre Forderungen zu erkämpfen.

Zu Beginn der Sitzung protestierte unser Genosse **Kasper gegen die polizeiliche Absperrung des Landtages** und die polizeiliche Durchsuchung der Tribünenbesucher auf Anweisung des Nazipräsidenten Kerrl. Herr Kerrl geriet nicht schlecht in Verlegenheit, als Genosse **Kasper** sein **Bündnis mit der „System"-Polizei** anprangerte.

Der Genosse **Schwenk** begründete die kommunistischen Anträge. Nach der SPD-Rednerin trat als Vertreter der Nazis der Abgeordnete **Lohse** auf die Tribüne und erklärte: „Wir halten die kommunistischen Anträge zur Erwerbslosenfrage für so bedeutungsvoll, daß wir **morgen** im Verlauf der politischen Debatte zu ihnen Stellung nehmen werden." Dann trat er ab. Mit dieser Erklärung wollen die Nazis verdecken, daß sie **sich um jede direkte Stellungnahme zu den kommunistischen Erwerbslosenanträgen drücken** und in der allgemeinen politischen Aussprache diese Anträge mit allgemeinem Gerede **umgehen wollen.**

Der Genosse Wilhelm **Koenen**, der mit den nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Feinden der Erwerbslosen abrechnete, Schlag auf Schlag, ihren Zwischenrufen antwortete, stellte die Drückebergerei der Nazis fest. Er kündigte den Nazis an, daß die Kommunisten **mit ihren antikapitalistischen Anträgen auf die Schaffung von Mitteln zur Arbeitsbeschaffung (Millionärsteuer usw.) die Nazis öffentlich auf die Probe stellen werden, wie sie in Wirklichkeit zu ihrer „antikapitalistischen" Agitation stehen.** Genosse Koenen zeigte, wie sich **Straßer** und die ADGB-Führer in ihren Plänen auf **Inflation** zur Finanzierung der „Arbeitsbeschaffung" nähern. Genosse Koenen wandte sich aufs schärfste **gegen die Arbeitsdienstpflicht und die Militarisierung der werktätigen Jugend.**

Als die Nazis **Zwischenrufe gegen die Sowjetunion** machten, antwortete Genosse Koenen — **mit einem glühenden Appell für das einzige Land des Sozialismus,** die einzige Arbeitermacht, den einzigen Arbeiterstaat, das einzige Land ohne Arbeitslose. Seine Rede steigerte sich unter begeistertem Beifall der Kommunisten zu einer **großen Demonstration des revolutionären Internationalismus,** als er den flammenden Gruß der deutschen revolutionären Arbeiter **an die polnischen Hafenarbeiter in Gdingen** richtete, die die Verladung von Kriegsmaterial nach Japan **verweigert haben,** und als er die Ablehnung der Matrosen, auf die Arbeiter zu schießen, begrüßte.

Die Straßen rings um den Landtag glichen einem Heerlager der Grzesinski-Polizei, die — Hundertschaft an Hundertschaft — die ganze Umgebung gegen drohende proletarische Demonstrationen gesichert hatte.